

**Ersteinst**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
H. Gericke, Postingen-Zürich  
Rindstrasse 2.  
Postsendungen  
franco gegen Franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag an  
dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen und zwar zum  
**voraus zahlbaren**  
Preisjahrespreis von:  
Nr. 2. — für die Schweiz (Kreuzban  
Bl. 2. — für Deutschland (Kouvert  
N. 1. 70 für Österreich (Kouvert  
Nr. 2. 50 für alle übrigen Länder  
Weltpostverein (Kreuzban).  
**Inserate**  
Die dreizehnpaltige Zeile  
25 Sil. — 20 Wp.

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

**N. 8.**

**Donnerstag, 16. Februar.**

**1882.**

**Was an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verbreitet ist, bezug. verfolgt wird, und die dortigen Behörden ihn als „Mißbr.“ unter Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderung ist hierzu einzufügen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbeschränkte Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unbeschränkte Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen ersucht sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### An die Parteigenossen allerorten.

Den Genossen in Deutschland wird in diesen Tagen ein Zirkular zugegangen sein, mit der Aufforderung, die Sammlungen für den Unterstützungsfond nicht zu vernachlässigen. Die Verfolgungen unserer Feinde nehmen nicht ab, jeder Tag bringt uns neue Opfer, während die Mittel fast ganz erschöpft sind. Es ist unsere heilige Pflicht, diejenigen, die für unsere Sache leiden, nicht im Stich zu lassen. Wir richten daher auf's Neue einen Appell, Genossen, an Euer Opferwilligkeit! Thut, was in Euren Kräften steht, wenigstens die Mittel aufzubringen, welche nöthig sind, um die Frauen und Kinder unserer Verfolgten und Gemährtegen vor Noth und Elend zu schützen.\*

Genossen! Wir sind überzeugt, daß diese wenigen Worte genügen, Euch zu veranlassen, Euer Möglichstes zu thun. Die gesammelten Beiträge sind sobald als möglich an die bekannten Adressen in Deutschland zu übersenden; für die Genossen im Auslande übernimmt die Administration des „Sozialdemokrat“ die Vermittelung.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

### Erklärung.

Um ein für allemal falschen Auffassungen des Verhältnisses der deutschen Sozialdemokratie zu dem in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“ zu begegnen, erklären wir:

Der „Sozialdemokrat“ ist das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie und hat den Zweck und die Aufgabe, die Parteigenossen in Bezug auf die Parteibewegung auf dem Laufenden zu halten, und die Grundzüge der Partei, wie sie in unserem Programm niedergelegt sind, zu veröffentlichen. Das Blatt soll ferner ein getreuer Spiegel der Anschauungen und Stimmungen sein, die unter dem Druck des Ausnahmegesetzes innerhalb der Partei zu Tage treten, und demgemäß ist die Redaktion verpflichtet, allen derartigen Anschauungen und Stimmungen Raum zu geben, vorausgesetzt, daß dieselben den Prinzipien und Interessen der Partei nicht widersprechen.

Indem wir also den „Sozialdemokrat“, der seit seinem Bestehen dieser seiner Aufgabe nach Möglichkeit gerecht geworden ist, rückhaltlos als das offizielle Parteiorgan anerkennen, übernehmen wir aber nicht die Verantwortlichkeit für jeden einzelnen Artikel oder jeden einzelnen Ausdruck. Eine so weit gehende Verantwortlichkeit hat auch den früheren Parteiorganen gegenüber nicht bestanden, und kann jetzt um so weniger bestehen, als schon der Erscheinungsort des Blattes den Parteigenossen in Deutschland eine unmittelbare Einwirkung im Einzelnen zur Unmöglichkeit macht.

- J. Kuer. A. Bebel. Wilhelm Bloß.
- J. H. W. Dieb. E. Frohme. Bruno Geiser.
- E. Grillenberger. Wilhelm Hasenclever. M. Kasper. Jul. Kräcker.
- W. Liebknecht. W. Stolle. G. Vollmar.

### Die „Eine reaktionäre Masse“.

Der Satz unseres Programms, daß uns gegenüber alle übrigen Klassen — und Parteien — nur eine einzige reaktionäre Masse bilden, hat längst im Reichstag wieder einmal seine volle Bestätigung gefunden. Da des Falles im Parteiorgan bis jetzt nur ganz kurz Erwähnung gethan wurde und derselbe sehr bezeichnend für das Wesen aller nichtsozialistischen Parteien Deutschlands ist, so lohnt es sich, nachträglich etwas ausführlicher auf denselben einzugehen.

Am 11. Januar d. J. brachten die sozialdemokratischen Vertreter bekanntlich einen Gesetzentwurf an den Reichstag, durch welchen die Aufhebung der sämtlichen in der deutschen Gesetzgebung vorhandenen Ausnahme-gesetze erklärt werden sollte. Es war dies ein Akt von grundsätzlicher Bedeutung, der in unseren Prinzipien und unserem Programm seine Begründung findet. Und zwar tritt dieses prinzipielle Vorgehen unserer Abgeordneten um so mehr ins Licht, wenn man sich der kurz vorher von Hasenclever im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion abgegebenen Erklärung erinnert, daß die Sozialdemokraten nie-

mals selbst die Aufhebung des Sozialistengesetzes beantragen würden. Der Sinn dieser Erklärung im Zusammenhang mit dem erwähnten Gesetzentwurf ist einfach der: „Wir fordern nicht die Beseitigung eines einzelnen, unter den übrigen herausgerissenen Ausnahmegesetzes, obgleich wir durch dasselbe persönlich betroffen und zwar mehr betroffen werden, als alle übrigen durch ähnliche Ausnahmegeetze bedrückten Gruppen von Bürgern, Ständen und Bevölkerungsteilen. Wir wollen gleiches Recht für Alle und verdammen darum jede Ausnahmegeetzgebung. Auch wenn es daher unser Stolz und unsere Würde zuließe, selbst die Abschaffung eines insamen Unterdrückungsmittels zu beantragen, durch dessen noch gemeinere Anwendung sich unsere Feinde des letzten etwa noch vorhandenen Restes von Rücksicht unsererseits begeben haben, — so können wir nicht die Aufhebung eines Ausnahmegesetzes, sondern nur die prinzipielle Beseitigung der sämtlichen Ausnahmegeetze fordern!“

Da unsere Fraktion nun nicht über die nöthigen fünfzehn Unterschriften verfügt, welche nach der Geschäftsordnung erforderlich sind, um einen Antrag zur Berathung kommen zu lassen, so handelte es sich um Herbeischaffung von drei Unterschriften aus anderen Parteien. Man sollte nun denken, diese armseligen drei Unterschriften seien um so leichter zu beschaffen gewesen, als ja mit Ausnahme der offenen Reaktionäre (der konservativen Gruppen), sowie etwa noch der richtigen Nationalliberalen, jetzt eigentlich alle übrigen Fraktionen des Reichstages prinzipiell oder richtiger theoretisch gegen die Ausnahmegeetze sind — namentlich seitdem man die Zweischneidigkeit dieser Waffen an den Ultramontanen und neuesten an den Sozialdemokraten erfahren hat.

Ihren politischen Glaubensbekenntnissen und ihrer ganzen Parteistellung nach hätten sich für den Antrag der Sozialdemokraten erklären müssen: das Zentrum, die Sezessionsisten, die Fortschrittler, die Volksparteiler, die Polen, die Dänen und die Elsaß-Lothringer. Aber rechte einer auf die Prinzipientreue der bürgerlichen Parteien, insbesondere wenn dabei der Sozialismus mit ins Spiel kommt! Mit Ausnahme von einzigen fünf Mann verweigerten diese sämtlichen „Oppositionsparteien“ ihre Mitwirkung.

Das Zentrum ist zwar jahrelang selbst verfolgt werden und mühte einigermaßen wissen, wie das Geschehen thut; indessen stehen die feindlichen Brüder Staat und Kirche jetzt in Unterhandlung, um das einträgliche Geschäft der Volksbeschwindelung hinfort wieder vereint auszuüben, und da dürfen die künstlichen Gewebe durch nichts gestört werden. Was von der jüngeren Linie der Nationalliberalen zu erwarten ist, lenkt man ohnehin. Die so überaus freisinnige Fortschrittspartei hat über ihren „taktischen“ und „staatsmännischen“ Meisterzügen (Richter'schen, Hänel'schen und Virchow'schen Fabrikats) keine Zeit, an solche Lappalien wie Prinzipien zu denken. Die Polen sind zwar eine richtige Protestpartei, wurden und werden auch von der preussischen Regierung genug geschunden, um grundsätzlich jede Bedrückung bekämpfen zu müssen; aber die Leute leisten dem Zentrum Heeresfolge und haben als Vollblutausbeuter (unter 18 Abgeordneten 15 adlige Rittergutsbesitzer) den größten Abscheu vor Allen, was von den Sozialisten kommt. Die zwei Dänen sind verbohrt Lutheraner, welche die Jesuiten wie das höllische Feuer scheuen und nicht unterzeichnen, weil die bösen Sozialdemokraten nicht einmal für die Kuttenträger Ausnahmegeetze wollen.

Bleiben die Volksparteiler und die Elsaß-Lothringer, von denen man doch unbedingt erwarten mußte, daß sie dem Gesetzentwurf beistimmen würden. Sind doch die ersteren „Demokraten“ und haben ausdrücklich in ihrem Programm den Satz: „Beseitigung aller Ausnahmegeetze“. Was aber die Reichsländer anbelangt, so müssen sie sich in grundsätzlicher Opposition zu jedem im Reichstage in Frage kommenden staatslichen Hoheitsakt befinden, da sie gegen ihre Zugehörigkeit zum Staatsganzen selbst protestieren. Ferner müssen sie, die Unterjochten, mit jedem Unterdrückten sympathisieren und ihm gegen den gemeinsamen Knecht beistehen, namentlich, wenn es sich um eine Partei handelt, welche ganz allein und unter den schwierigsten Verhältnissen für sie und ihr altes Heimathland eingetreten ist! Endlich aber befanden sich unter den Gesetzen, deren Aufhebung der sozialdemokratische Gesetzentwurf forderte, auch die für Elsaß-Lothringen so drückenden Bestimmungen, welche selbst die schlechte deutsche Reichsverfassung dort nur zum Theil einführt und der Regierung des Reichslandes diktatorische Gewalt verleiht. Die elsaßisch-lothringischen Abgeordneten hatten es bisher, aus unbekanntem Gründen, nicht für gut befunden, einen Antrag auf Abschaffung der Diktaturparagrafen zu stellen; es mußte angenommen werden, daß sie einem dießbezüglichen Antrag von anderer Seite mit Freuden zustimmen würden.

Wohlan; auch diese beiden prinzipiellsten Oppositionsparteien haben es — die Volkspartei mit einziger löblicher Ausnahme des Würzburger Abgeordneten Köhl —

rundweg abgelehnt, den Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze zu unterstützen! Und wenn nicht außer Köhl noch die Fortschrittler Lenzmann, Phillips, Koe und Wendt ihre Unterschriften gegeben hätten, so wäre der Antrag nicht einmal gedruckt worden; daß er nicht zur Verhandlung kam, dafür wurde ohnedies gesorgt.

Indessen hat die Einbringung des Gesetzentwurfs nichtbesto-weniger ihren Nutzen gehabt: derselbe hat als Prüfstein der prinzipiellen Stellung der Parteien gedient und insbesondere das Wesen der beiden nächst uns „reichsfeindlichsten“ Parteien in die rechte Beleuchtung gesetzt. Er hat unwiderleglich gezeigt, daß die Herren „Demokraten“ und Elsaß-Lothringer ebensogut echte Bourgeois und uns gegenüber Reaktionäre sind, wie die Fortschrittler und alle übrigen Parteien.

Nebenbei gesagt, ist dies übrigens weder bei der einen, noch bei der andern der genannten Parteien das erste Zeichen ihrer reaktionären Gesinnung, noch wird es das letzte sein. Der „Demokrat“ Karl Mayer erklärte, daß die Volkspartei auf dem Boden der monarchisch-absolutistisch-militärischen Reichsverfassung stehe. Und der Elsaßer Grad beantragte, zusammen mit einem Unterwerfer des Elsaßes, Moltke, und den Konservativen, die Errichtung einer Soldaten-Zuchtanstalt im Elsaß, welche zur Entwicklung des militärischen Geistes der Reichslande bestimmt sein sollte — ein Antrag, den bereits die Regierung gestellt hatte, der aber vom Reichstag abgelehnt worden war.

Alle unsere Gegner, welches auch im Uebrigen ihre augenblicklichen Sonderinteressen und politischen Parteimeinungen sein mögen, sind im Grund ihres Wesens Mitglieder der Einen herrschenden Klasse, deren Existenz auf unserer Unterdrückung basiert. Und darum schließen sie sich, sobald sie sich uns gegenüber befinden, schnell zu einer einzigen reaktionären Masse zusammen.

### „Revolutionäre Kraftproben“ und „gemäßigte Form des Ausdrucks“

Freiten neuztlich in der Partei vielfach um den Vorrang. Es fragt sich, ob auf der Tribüne und in der Presse die revolutionäre Leidenschaft und agitatorische Aktion oder die Objektivität und akademische Diskussion das Wort haben dürfen. Scheinbar theilt sich die Partei in eine Partei des modernen Klassenkampfes und eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus.

Daß ich gleich Farbe bekenne: ich bin weder für noch wider, sondern halte mit beiden zumal. Beide mögen das Wort haben und Weiden das Recht der Existenz anerkannt sein. In der Demokratie gebührt Niemandem ein Vorrang; sie herrscht durch die Verbindung der Kräfte.

In diesem Sinne bitte ich, mir die Theilnahme an der Diskussion zu erlauben, und ein Wortchen einlegen zu dürfen zur Verklärung des Streites — nicht des akuten, der hoffentlich schon beigelegt ist. Reiner Erfahrung gemäß schließt der erwähnte Gegenstand schon lange, gleichsam wie ein chronisches Uebel in unseren Reihen herum, und mag da ein „objektives“ Urtheil vielleicht zur Beschleunigung beitragen.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ist durchaus im Recht: „Wir sind nicht nur die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern wir sind als solche die Partei des modernen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf, der mit akademischen Diskussionen nicht ausgefochten werden kann.“ Und unser Organ spricht sicherlich uns und der großen Masse aus dem Herzen, wenn es dieser Gesellschaft, die unsere Menschenrechte mit Füßen tritt, ein baldiges Ende mit Schrecken wünscht.

Aber Wünschen und Erwirken ist sehr zweierlei; und kann es sich nur um die Frage handeln, was führt zum Zweck: rebellische Gemüths-erregung oder objektive Belehrung?

Ich möchte nun geltend machen, daß solche Fragestellung verkehrt, und wie unbeschränkt zweckmäßig es ist, nicht nur zu belehren, sondern auch den revolutionären Geist zu wecken, nota bene ohne das Moment der Belehrung allzugerung zu schälen. Wir dürfen weder die revolutionäre Kraftprobe noch die gemäßigte Form des Ausdrucks als Zweckmittel hütenansehen.

Man mißverstehe nicht, als wollte ich die Gegensätze vertauschen und verquicken und dafür sprechen, sowohl die politische Leidenschaft abzumildern als auch die Objektivität der akademischen Diskussion mit Ausbrüchen der Entrüstung zu schmücken. Auch liegt es mir sehr fern, an der Redaktion oder an einem Parteigenossen irgend etwas rügen zu wollen.

Dagegen glaube ich wohl im Allgemeinen die Erfahrung gemacht zu haben, daß zu wenig Verständnis vorhanden ist für die Mannigfaltigkeit der Mittel und Talente, welche die Propaganda unserer Sache erfordert. Wenn ich nicht irre, war es auf dem Kongresse in Eisenach, wo ich mit Bedauern gewahrte, wie unverständlich weit man den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen den Männern der Praxis und den Männern der Theorie, auseinander zu schieben suchte.

Dieselbe Bewandniß hat es jetzt mit der revolutionären Kraftprobe und der akademischen Diskussion. Nicht sowohl die Wortführer der Debatte, als die große Masse der Zuhörer verlieren gar sehr aus den Augen, die Einen, wie unerlässlich zweckmäßig es ist, die Gemüths zu erregen und den rebellischen Geist zu schälen, und die Andern, welche großen Werth die hinreichende Beredsamkeit der Theorie hat.

Nicht so, als wenn ich damit sagen wollte, die revolutionäre Erbitterung und die kontemplative\*) Objektivität sollte von jedem Genossen zu-

\*) Bei dieser Gelegenheit machen wir noch darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit unsere Unterstützung sowohl an einzelnen Orten als auch die des allgemeinen Fonds stark von Opfern der Londoner Propaganda in Anspruch genommen worden ist. Der Dank bestand gewöhnlich in verdoppelten Schmähen und Verdächtigungen. Wir möchten daher die Genossen vor allzugerührter Vertrauensseligkeit warnen. Es ist nicht immer möglich, die Leute abzuweisen, man will sie wenigstens vor dem größten Elend schützen, aber solange die Londoner Herren ihre Agenten daran inklinieren, überall Mißtrauen und Spaltung in unsere Reihen hineinzutragen, solange das insame Verdächtigungs-system, wie wir es mehrfach kennzeichnen mußten, fort dauert, solange müssen wir auch an dem Grundsatze festhalten, den Herren, die uns schädigen, wo sie nur können, die Sorge für ihre Gemährtegen nicht abzunehmen.

\*) Beschauliche.



mal profitiert werden. Wohl aber möchte ich wünschen, daß von allen Parteigenossen die agitatorischen sowohl, wie die didaktischen Talente, welche in verschiedenen Persönlichkeiten verkörpert sind, als Blüten am Baum der Partei betrachtet werden.

Ebenso wenig wie wir erwarten dürfen, mit wissenschaftlichen Gründen unsere Feinde zu überzeugen — sie wollen nicht belehrt, sondern gehandelt sein — ebenso wenig dürfen wir verkennen, daß die Wahrheit eine Macht ist, welche vorab aus der Mittelklasse, die zwischen Gängen und Bangen schwebt, manchen Indifferenten sich herüberzieht. Ja, die Macht der Wahrheit ist so groß, daß sie auch im Heere der Widersacher noch manchen Verstockten zu belehren vermag. Und über solche Ständer, die Bastei nicht, ist dann mehr Freude, wie über tausend Gerechte, die der Bastei nicht beharren.

Denen, die so geringschäßig von der akademischen Diskussion denken und es gibt deren Viele — erlaube ich mir die Erwägung zu unterbreiten, wie affenartig geschwind sich die Völker belehren, wenn irgend ein „höheres Thier“ dergleichen vormacht. Wir dürfen uns deshalb angelegen sein lassen, auch „höhere Thiere“ einzufangen. Wer einem Professor ein sozialdemokratisches Licht aufsetzt, der führt uns mit einer solchen „Autorität“ die Profolyten dahendweise zu.

3. Diegen.

## Ein Brief aus den Bergwerken Sibirens.\*)

Ich weiß nicht, ob der Brief in Deine Hände kommt. Bis jetzt schrieb ich nicht, weil ich durch die hiesige äußerst strenge behördliche Aufsicht daran verhindert war. Im Dezember 1880 erschienen „neue Instruktionen“ von Loris-Melikow, worin unter anderen äußerst strengen Maßregeln folgende spezielle auf uns, die aus politischen Gründen zu Bergwerken Verurtheilten, bestimmt waren:

Wir haben nicht das Recht, wie es die gemeinen Verbrecher haben, nach Ablauf der Prüfungsfrist „ins Freie“ zu gehen; wir haben nicht das Recht, zu irgend einer Zeit die Ketten abzulegen. Kurz, es ist uns alles verboten, was uns in einer mehr oder weniger entfernten Zukunft das Leben leichter gemacht und zum Mindesten die Hoffnung nicht geraubt hätte, in der Freiheit (und sei es auch eine seltene) zu sterben. Ja, diese „liberalen Maßregeln“ haben uns selbst das Recht geraubt, welches, glaube ich, noch wie irgend einem Verbrecher genommen wurde, das Recht nämlich, unseren nächsten Angehörigen, dem Vater, der Mutter, der Frau, von uns Kunde zu geben.

Weißt Du, daß ich aller Rechte verlustig erklärt worden bin, und daß auch das Recht auf Leben und unsere Ehre von der Willkür, von der Gnade der Beamten abhängig ist? Ich habe keine Hoffnung mehr, irgend jemals das Sonnenlicht zu erblicken; denke nicht, daß ich mich beklage. Ich wachte von Anfang an, was mich erwartete und habe mich längst mit dem Gedanken an den Tod befreundet.

Wir arbeiten von 6 Uhr früh bis 7 oder 8 Uhr Abends. Wir arbeiten in den Gruben inmitten von eisaltem Wasser, das manchmal bis an die Knie reicht. Der Grund besteht fast ausschließlich aus kleinen und größeren Steinen, die erst mit dem Spaten aufgewühlt werden müssen, bevor sie abgehoben werden können. Unser regelmäßiges Arbeitspensum besteht in zwei Kubikfaden<sup>\*\*)</sup>, aber wir arbeiten für Lohn oft bis zu drei Kubikfaden, was uns gefattet, 2-3 Mal die Woche eine Grube und ungefähr  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch zu erhalten. Letzteres war nicht ganz fleisch, aber es ist doch besser als das trodrene Geflügelbrot. Abends lehnen wir von der Arbeit ganz erschöpft zurück, so daß wir fast gleich schlafen gehen: der Leib und geistig zu arbeiten ist ganz unmöglich. Eine solche Arbeit dauert übrigens nur bis zur kalten Zeit; dann werden wir für den Staat arbeiten und werden mehr Masse haben, aber dann werden wir auch nichts verdienen.

Der Postverkehr ist ein sehr unregelmäßiger. Im Herbst und Frühling kommen sogar die Zeitungen nur einmal in 3-4 Wochen, von Paketen und Briefen nicht zu reden. Briefe gehen über „Tschita“, d. h. sie kommen hierher, werden dem Gouverneur zugeschickt, liegen bei ihm lange Zeit und kommen erst dann zurück in unsere Hände. Alles dies nimmt zwei bis drei Monate, manchmal auch mehr in Anspruch.

Wir schlafen es um uns sehr, kannst Du schon daraus sehen, daß wir im Jahre 1881 vier Genossen zu Grabe trugen. Semjanowsky und Rodin haben ihrem Leben selbst ein Ende gemacht. Der Unbekannte<sup>\*\*\*)</sup> und Kriwošchkin sind gestorben. Die Kowalowskaja ist wahnsinnig geworden. Dasselbe Schicksal erwartet Viele, und unzweifelhaft wird es ihrer je länger je mehr geben.

Wir leben in zwei ziemlich engen und schmutzigen Zellen. Medizinische Hilfe gibt es keine. Im September oder Oktober werden wir in ein anderes Zentralgefängnis übergeführt werden, das tief im Gebirge liegt, fern von jedem Verkehr. Hier in der mittleren Kara sehen wir wenigstens manchmal Menschen, dort wird auch dieses fehlen. Im Oktober erwarten wir Jangug. Jetzt sind unserer 80 Mann, die Frauen nicht eingerechnet, welche in einem besonderen Gefängnis interniert sind.

Wir haben Mangel an Allem, Büchern, Wäsche, Schuhwerk und Geld. Unsere Qualen sind groß; wir wären zufrieden, nur ein Ständchen im Freien verbringen zu dürfen, nur ein einziges Ständchen; wir brauchen kein Erbarmen, kein Mitleid, wir haben die Kraft, eben so zu erdulden, wie wir angefangen haben. . . . Ich persönlich fühle ich viel mehr Hoff als ich bis jetzt fühlte. — Früher habe ich ja mehr geliebt als gehaßt. Lebt wohl, theure Freunde, das ist mein letzter Brief. Wer weiß, was uns noch erwartet.

Wenn Du unsere Zelle beträtest, so würdest Du im ersten Augenblick bei weitem nicht dieselbe Stimmung finden, der ich soeben Ausdruck gegeben. Lachen, Spass und Gesang. Je scheidlicher, verzweifelter die Lage, desto mehr äußerlicher Frohsinn und Lachen. Wenn die Arbeit aufhört wird, d. h. am 15. November, will ich versuchen, zu lernen.

## Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 15. Februar 1882.

— In Feindesland. Die Berliner Anabenerschießungsaffäre, über die wir in voriger Nummer bereits kurz berichtet, ist jetzt klar gestellt. Es ist Alles in schönster Ordnung. Der Soldat hat nur seine Pflicht getan. Ja noch mehr, er hat seine Pflicht mit außerordentlicher Bravour erfüllt, denn drei Anabener mit einem Mal zu treffen, darunter zwei tödtlich, das ist keine Kleinigkeit. Er verdient also offene Anerkennung und ist daher „auf Allerhöchsten Befehl“ — Er. Majestät, Kaiser Wilhelm der Wohlthätige, soll vor Entzücken ganz be-eelig gewesen sein — vor verarmtem Kriegsvolk freigesprochen worden. Eine Auszeichnung wird nicht auf sich warten lassen.

Einige fortschrittliche Zeitungen haben angehängt der erregten Stimmung des Volkes schwache Versuche in „Entzückung“ gemacht, es ist ihnen aber nicht gelungen. Wider den heiligen Militarismus richten die

Guten nichts aus, und dann: Was wollen die Herren denn eigentlich?

Die preussisch-deutsche Armee steht in Feindes Land und mit dem Feinde wird bekanntlich nicht lange gefadelt. Der Feind ist das deutsche Volk, von dem zierlich zwei Millionen unter dem Banner des Völkervereinigungsbundes sich bewegen. Die Kriegskontributionen werden mit äußerster Strenge erhoben, ein scharfer Karbon ist um das Land gezogen, um Nichts hereinzulassen, was Deuten, die es besetzt halten, etwa mißfällt. Je unentbehrlicher dem Volke die einzuführende Waare ist, um so scharfer der Zoll, denn sie an die Kriegskassen zu entrichten hat; gesunde geistige Nahrung wird gar nicht herübergelassen.

Der Kriegsherr unterhandelt mit dem Feinde durch die von demselben unter Kontrolle der Weimarer des Kriegsherrn gewählten Vertreter. Beide aber diesen, wenn sie es wagen, dem Willen des Kriegsherrn nicht sofort zu entsprechen! „Es ist kein höchst eigener Wille“, herrscht er ihnen zu, und des besonderen Nachdrucks wegen läßt er seinen „Willen“ im ganzen besetzten Gebiet öffentlich ankündigen. Seine Drohungen werden prompt ausgeführt, seine Versprechungen dagegen, „Drohungen“ genannt, ebenso gehalten, wie sein Versprechen von 1870: „Ich führe keinen Krieg mit dem französischen Volk!“ das heißt, sobald es an's Einhalten geht, ver-gessen.

Eine Armee im Feindesland muß über ihre ganzen Dispositionen danach treffen, dem Feind Respekt einzupößen. Daher bekommen die angestellten Wachen auch scharfe Patronen und den Auftrag, niederzufallen, was ihnen nicht Drede parirt. Bei Feinden nimmt man es mit dem Menschenleben nicht so genau.

Man hatte nur, was im obigen Falle auf dem Spiele stand. Der Soldat hatte die sogenannte Invalidentaxe, ein Pensum von 60 Meter Höhe und  $\frac{1}{2}$  Meter Umfang, zu bewachen. Wie leicht konnte diese Taxe gestohlen werden! An Taschendieben fehlt es in der Großstadt ohnehin nicht. Der Soldat mußte schon aus diesem Grunde mit scharfen Patronen versehen werden. Die dünne Bevölkerung sieht das nicht ein, deshalb wurden auch in allen Schulen, von der Klo-Klasse der Volksschule bis zur Oberprima der Gymnasien, sofort nach der Exekution die Kriegskarten vorgelesen. Kinder sind bekanntlich am bildungsfähigsten, sie werden es daher auch leicht begreifen, welchen Respekt die Besatzungsarmee verlangen kann — in Feindesland.

In Feindesland! Die Instruktionen der Soldaten, die Privilegien der Offiziere, die Furcht der „Hohen und Allerhöchsten“ Personen vor dem Volke beweisen es, daß sie sich wie in Feindesland fühlen.

Wann endlich aber, o Volk, wirst Du einsehen, daß Du den Feind im Lande hast? Daß, wie Dir Herwegh schon im Jahre 1870 jurist, Du Dich

gleich Kindern läßt betrügen,

Bis Du zu spät erkennst — o weh! —

Die Macht am Rhein kann nicht genügen,

Der schlimmste Feind steht an der Spree!

An der Spree ersieht man heute Deine Kinder, deutsches Volk! Auf Allerhöchsten Befehl!

— Er hat so geendet, wie wir vorausgesetzt, der Feldzug gegen die Böse — nämlich mit einem großen Fiasko. Aus der ganzen Linie wird zum Rückzuge geblasen, nur Stöcker's Reute hält noch nach Verbot des „unstilligen“ Vorgesetzten — um Gimpel zu fangen. Der verlogene Pfaffe macht jetzt wieder stark in Judenhege und reitet dabei auf der frohen Fresse herum, Marx und Lassalle hätten die Arbeiter nur gegen das christliche produktive Kapital der Fabrikanten gehen, nicht aber gegen das jüdisch-unproduktive der Böse. Die jüdischen Sauggenies und die armen Teufel von halbrainierten Handwerksmeister, welche seinen Heerbann bilden und natürlich nie einen Blick in die Schriften der Genannten guthun, klatschen begeistert Beifall und triumphierend steigt der „Verächter“ der jüdischen Sozialisten von der Tribüne, seinem frechblauen Kampfgenosse Adolph Wagner herablassend auf die Schulter klopfend, als wolle er ihm sagen: Siehst Du, mein Bruder in Christo, was der Glaube gegen das Wissen vermag? Du hast zu viel gelesen und stolperst alle Augenblicke über Dein besseres Wissen. Wir kann das nicht passieren. Keine hochpreisigerliche Unwissenheit schlägt mich vor solchen Schwächen. Wenn ich auf der Tribüne sitze, so bilde ich mir ein, ich hätte mein Allerdurchlauchtigstes, Allergnädigstes Pflarrind vor mir, und da schwärze ich das Blau vom Himmel herunter, je fröhlicher, um so besser.

Lassen wir aber den widerlichen Dompfaffen und lehren wir zu unserem Schmerzenskind, dem Kulturkampf gegen die Böse, zurück. Man verheißt sich in maßgebenden Kreisen die Schwierigkeiten nicht, heißt es offiziell, auf welche das Eingreifen des Gesetzgebers stößt, wenn es gilt, das unsolide Geschäft zu treffen, ohne das solide dabei zu schädigen. Stimmt anfallend mit dem, was wir in voriger Nummer voraussetzten. Wo hört das „solide“ Geschäft auf und wo fängt das unsolide an, das ist die Preisfrage, vor der die Arbeit der heutigen Gesellschaft so rathlos stehen wie Duridans Esel vor den zwei Heubündeln.

Aber nehmen wir nun einmal an, sie hätten das Kunststück fertig gebracht und mit mehr oder weniger Ungleichheit eine Grenze festgesetzt. Wie nun eingreifen? Reine Katholikerei, die sich nicht klassischer kennzeichnen läßt, als durch den Umstand, daß man in Deutschland dem „unsoliden“ Differenzialden Todesstoß dadurch zu versehen meint, daß man die Differenzialden für nicht einlagbar erklärt, in Frankreich aber, wo sie heute nicht einlagbar sind, daselbst Kunstlich dadurch verrichten will, daß man sie für einlagbar erklärt. Wieder die berühmten zwei Heubündel, zwischen denen unsere gesetzgeberischen Esel sich die Köpfe zerbrechen. Lassen wir sie bei dieser nützlichen Beschäftigung!

— Bravo! rufen wir aus vollem Herzen unsern Genossen im sächsischen Landtage zu, und mit uns gewiß jeder Genosse im In- und Auslande. Es ist eine wahre Freude, zu sehen, wie scharf unsere Freunde dort gegen Polizei und Unternehmertum zu Felde ziehen, wie sie es verstehen, immer und immer wieder die Aufmerksamkeit des Volkes auf die schmerzvollen Bruchstellen zu lenken, deren Opfer die sächsischen Arbeiter seit mehreren Jahren sind, wie sie durch ihre kluge und energische Sprache nicht nur das Rechtsgefühl, sondern auch das Rechtsbewußtsein des Volkes zu wecken wissen, den heutigen Macht-habern aber die heuchlerische Maske der „Schützer von Recht und Freiheit“ vom Gesicht reißen und sie dem Volke in ihrer wahren Gestalt als Unterdrücker der Freiheit, als Verächter des Rechts bloßstellen. Wenn die sächsischen Gewaltthaten auch nicht gestützt sind, so ist doch der Entschluß über die Vergewaltigung in so wichtigen Hieben Ausdruck gegeben worden, daß die Schuldigen sich in eine wahrhaftige Lebensflucht flüchten mußten.

Am 9. Februar, schreibt uns unser Korrespondent aus Sachsen, hielt die Sozialdemokratie im sächsischen Landtag wieder einmal Abrechnung mit ihren Unterdrückern.

Die Sitzung dauerte den ganzen Tag und begann mit einem Renkontre zwischen Bebel und dem Justizminister. Der Letztere suchte Bebel's Angaben über Justizwillkür, die dazwischen vorige Woche bei der Subgerathung gemacht hatte, zu widerlegen. Zuerst stellte er die Behauptung des „Sozialdemokrat“, daß eine der großen Projektverhandlungen durch den Präsidenten Behring er eröffnet und nach Ausschluß der Öffentlichkeit von Mangoldt fortgesetzt worden wäre, patzschisch in Abrede; es sei dies durchaus nicht wahr, sondern Mangoldt — worauf es nämlich ankam — habe die Sitzung von Anfang an geleitet. Da die Sache auch den Korrespondenten des „Sozialdemokrat“ berührt, so kann derselbe hier nur erklären, daß, wenn ein Irrthum vorliegt, das Gericht denselben selbst verschuldet hat, indem es die Öffentlichkeit ausschloß, so daß die Berichterstattung auf's Höchste angezwungen war. Wenn der Gerichtshof gerechte Sache hatte, brauchte er die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Wenn aber Euerer Klowürgung politischer Gegner — und

Mangoldt hat gegen Sozialisten kandidirt und agitiert! — hinter spanischen Wänden stattfindet, so ist für die Beurteilung des Verfahrens ziemlich gleichgültig, ob dabei ein oder zwei Gerichtspräsidenten mitschuldig geworden sind, die erste Berichtigung des Ministers ist also ganz unwesentlich. Die übrigen Berichtigungen aber sind nur Zustimmungen für das Gesagte. Der Minister gab zu, daß Genosse Paschly gestiftet durch die Strafen der Stadt und an seinem Geschäfte vorüber gelassen worden und daß seine Frau, die ihn gesehen, vor Schreden und Schmerz ohnmächtig hingefunken ist; er gab ferner zu, daß Genosse Lange nach Verhängung einer 18wöchentlichen Untersuchungshaft, auf welche Freisprechung erfolgte, sich aus Triefen das Leben genommen, er behauptete nur, daß Lange schon früher tief sinnig gewesen sei. Ferner gab der Minister zu, daß der Staatsanwalt einem an anonyme Denunziation in Untersuchungshaft genommenen Kaufmann, der als Leiter der Wahl in Freiberg besonders mißlieblich war, gesagt hatte: „Wären Sie nicht Sozialist, so wären Sie nicht in Haft genommen worden.“ Um seine Niederlage zu verdecken, half sich der Minister mit Ausfällen gegen den „Sozialdemokrat“, von der Weimarer er sagte, derselbe predige den Meineid, und er hoffe, Bebel werde unter solchen Umständen der weiteren Verbreitung desselben hindernd in den Weg treten.

Unser Vertreter konstatirte hinsichtlich der „Berichtigungen“ nur, daß der Justizminister Alles in den Hauptfähnen bestätigt habe. Hinsichtlich des „Sozialdemokrat“ erklärte er: es falle ihm gar nicht ein, das Blatt zu desavouiren. Wenn es eine gereizte Sprache führt, so erklärt sich das aus den maßlosen Verfolgungen, denen unsere Partei ausgesetzt ist, und welche eben die Leidenschaften des Volkes auf's Höchste erregen. Für jedes einzelne Wort des im Auslande erscheinenden Blattes könne er die Verantwortung ebensowenig übernehmen, wie Biemarck dies bei seiner sogar direkt unter amtlicher Mitwirkung erscheinenden Presse im Stande sei, im Ganzen aber billige er die Haltung des Parteiorgans, des „Sozialdemokrat“. Es ergriff darauf Genosse Liebnecht das Wort, um den Minister des Innern, v. Kossig, über die gegen unsere Partei verübten Gewaltthaten zur Rechenschaft zu ziehen. In zweifelhafter, glänzender Rede kennzeichnete er alle jene Verfolgungen und Rechtsbrüche, mit denen in Sachen die Wahlen gefälscht, Christen verhöhnt und Nachrede gegen Sozialisten verübt worden sind. Der Landtag stimmte sich unter der Wucht der Thatsachen, mit denen Liebnecht answartete. Er zeigte, wie die Verarmungen und Wähler unterdrückt, wie Wahlzettel und Stimmzettel gestohlen worden, wie die Agitatoren unserer Partei gehetzt wurden wie wilde Thiere (der Präsident hielt für nöthig, diesen Ausdruck zu rügen, Liebnecht hielt ihn aber aufrecht und führte Belege dafür an) und wie durch Verhaftungen, Durchsuchungen u. d. das Volk eingeschüchtert wurde. Durch Genosse ermählte ferner, wie in Zwickau eine schwangere Frau durch unstillige Handgriffe der hausdurchsuchenden Gendarmen entehrt worden sei. (Lachen.) Ja, lachen Sie nur, rief Liebnecht den Stillsitzenden zu, es war ja „nur“ eine Frau aus dem Volke. Die Frau hat nicht gelacht, sie hat aus Verzweiflung über die ihr angethane Schmach einen Selbstmordversuch unternommen, durch den eine Frühgeburt und der Tod des Kindes herbeigeführt wurden. Die Ausweisungen, die nichtswürdige Polizeipatrouille, welche die Sozialisten auf Treitt und Schritt umschleicht, die Exzessionen, welche durch diesen Aufbruch verübt wurden, dies Alles wurde den Gegnern vorgehalten.

Der Präsident, sonst ein ziemlich unparteiischer Mann, bekam schließlich Angst und forderte, ein ziemlich unparteiischer Mann, bekam schließlich die Polizeioorgane sprechen.

Liebnecht beharrte aber auf seinem Rechte der Redefreiheit und rief den Kammermitgliedern zu: Wenn Sie nicht Redefreiheit wahren lassen, degradiren Sie sich zu Puppen! (Sturm der Entrüstung seitens Aller, die sich getroffen fühlten —  $\frac{1}{2}$  der Kammer.)

Der Präsident ertheilt den Ordnungsruf.

Liebnecht: Es ist die Sprache des beleidigten Rechtes, der ständigen Entrüstung, die ich führe und führen muß. Er weiß voraus hin, daß er jeden Vorwurf mit einer Fülle von Thatsachen belege, und fährt mit der Vorführung einzelner Gewaltthaten fort. Hierbei bemerkte er, es verbreite sich allerdings die Ansicht immer weiter, daß alle Gesetzlichkeit nichts helfe, und wenn die Polizei es ordentlich darauf anlege, blutige Katastrophen zu provoziren, wie dies in Chemnitz und Dresden an den Wahltagen geschahen, so habe man zu der verständigen Einsicht und der guten Organisation unserer Partei zu verhandeln, wenn die Regierung nicht eingetreten. Die Leidenschaften, ja der Fanatismus werde auf's Höchste entfesselt und man solle sich hüten, den Funken in das Pulverfaß zu werfen. Trotz aller Verfolgungen, fuhr der Redner fort, behauptet die Sozialdemokratie ihre Stellung und wird kämpfen, bis sie zum Siege gelangt. Wenn der Minister das Versprechen verlangt habe, daß wir nicht zur Revolution kommen, so können wir dieses Versprechen nicht, daß sie sich wieder vollzieht, gibt es nur ein Mittel, die Freiheit! In freien Staaten seien die früheren Revolutionskämpfer ohne vernichtende Wirkung vorbeigekommen, in Polizeistaaten haben sie den blutigen Kampf erzwungen. So wird es auch künftig sein. Ich weiß jedoch, schloß Liebnecht, daß diese Mahnung nicht verfehlt. Ich verfolgte Sie und also weiter, aber — tragen Sie die Folgen!

Nach dieser Rede fanden selbst der frohe Adernmann und der gedanklose Minister Kossig ihr gewöhnliches Aussehen nicht und blieben den ganzen Tag kleinlaut; selbst dann noch, als in der Abend Sitzung der Abg. Freitag die ungeheuerlichen Hausdurchsuchungen rügte und Bebel die Dresdener Polizeiwirtschaft und ihre Provoktionen j. B. bei der Wahl, in vernichtender Weise brandmarkte. Man suchte jedoch die Polizei in Schutz zu nehmen, aber das geschah in so läppischer Weise, daß dadurch der Einbruch der sozialistischen Rede nur erhöht wurde.

Der 9. Februar gehörte der Sozialdemokratie! Ferner haben unsere Abgeordneten im sächsischen Landtag den Entwurf eines Berggesetzes und Knappheitsgesetzes, sowie einen Antrag gegen die polizeilichen Ausweisungen eingebracht. Kurz, der Kampf wird auf der ganzen Linie geführt.

— Die Thätigkeit der sozialistischen Abgeordneten in der verflochtenen Reichstagsession, schreibt uns einer unserer bewährtesten Vorkämpfer, hat innerhalb der Partei hier und da nicht denjenigen Erwartungen entsprochen, welche nach dem unerwartet günstigen Ausfall der Wahlen gehegt wurden.

Abgesehen von gewissen Begehungs- und Unterlassungssünden, die in dem Parteiorgan ja genugsam zur Sprache gekommen sind, können wir die Berechtigung zu ernsthaften Vorwürfen nicht anerkennen.

Das — unlegbar hier und da vorhandene — Gefühl der Enttäuschung hat wesentlich in dem Kontrast zwischen dem Ringen des Wahlschlachtfeldes und der parlamentarischen Arena seinen Grund. Unsere Partei hat die einmal einen Wahlkampf geführt — mit solch gewaltiger Kraftanstrengung, mit solch riesigen Opfern, daß der darauf folgende parlamentarische Kampf notwendiger Weise an sich schon zwerghaft und unwichtig erscheinen mußte.

Unsere Genossen im Reichstag hatten außerdem theils keine Gelegenheit, theils keine Veranlassung, an den intensiven Debatten des Reichstags Theil zu nehmen. Diese fanden halt zwischen der Regierung und den großen alten Parteien; und durch unser Eingreifen würde der uns so vorthellhaft Befehrigungsprozess der alten Parteien nur aufgehalten und die widerhaarigen Bourgeoispartei der Regierung zugehängt worden sein.

\*) Der Bürgermeister von Zwickau, welcher später das Wort ergriff, mußte den tragischen Vorfall bestätigen und konnte als Beschönigung nur anführen, die Frau habe den Selbstmord wohl (!) nur aus Furcht vor ihrem Mann, dessen Eigentum der Polizei in die Hände gefallen war, verübt.

\*) Dieser Brief ist erst vor wenigen Wochen, natürlich auf Umwegen, in die Hände unserer russischen Freunde gelangt. Er rührt von einem jungen, eifrigen und opferwilligen Propagandisten her, der ein Leben voll der glänzendsten Ansichten für seine Ueberzeugung in die Schanze schlägt. Näheres über ihn dürfen wir nicht mittheilen, um seine Lage nicht noch zu verschlimmern.

\*\*) Ein Kubikfaden = ca.  $\frac{1}{2}$  Kubikmeter.

\*\*\*) Einer der Vielen, die von den russischen Gerichten ihren Namen angeben sich weigern.



Bedenkt man, daß die Mehrzahl unserer Abgeordneten parlamentarische Rekruten, daß Rebel und Auer bei der Wahl unterlegen waren, daß Viehnecht in Folge seiner Doppelmahl und seines Doppelmandats vor Weihnachten nur wenige Sitzungen des Reichstages besuchen konnte, und daß Hasenclever, der einzige geübte Parlamentarier, der zur Verfügung stand, häufig durch andere Arbeiten abgehalten war — bedenkt man dies, so wird man zugeben müssen, daß unsere Vertreter ihre Schuldigkeit gethan haben. Soviel steht fest, an Arbeit haben sie es nicht fehlen lassen — an Arbeit im Dienste der Partei. Und die parlamentarische Arbeit war nur ein kleiner Bruchtheil dieser Arbeit.

Wenn wir die Debatte über das Sozialistengesetz in einigen Parteien und einige nicht hinlänglich scharfe Äußerungen über die Bismarcksche Wirtschaft- und Sozialreform annehmen, wird indeß anerkannt werden müssen, daß die Reden unserer Genossen den an solche Reden zu stellenden Anforderungen vollkommen entsprochen haben, daß in allen Fragen, wo unsere Abgeordneten zu reden verpflichtet waren, der Standpunkt unserer Partei würdig vertreten worden ist.

Jedenfalls ist es recht thöricht, wegen einiger Fehler und Ungeschicklichkeiten, die in den Verhältnissen ihre natürliche Erklärung finden, den Vorwurf der Charakterlosigkeit, wo nicht gar des Verrathes zu erheben. Alles ist einig darin, daß das Wahleresultat ein großartiges war. Wohlstand, haben denn nicht gerade diejenigen Männer, über die jetzt von verschiedenen Seiten so ungerecht gerichtet wird, zu diesem großartigen Wahleresultat beigetragen? Unter den jetzigen Reichstagsabgeordneten ist kein einziger, der nicht mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte in der Wahlkampagne mitgewirkt, und die ärgsten Strapazen gehabt hätte. Für verschiedene der Abgeordneten haben die Anstrengungen und Aufregungen noch nicht überwundene Gesundheitsbeschwerden nach sich gezogen. Die Kuffläger haben zweifelsohne vom wahren Sachverhalt keine Kenntniss und haben sich nicht die Thätigkeit der Abgeordneten im Wahlkampf zurückrufen, sonst würden sie nicht so kräftigen Herzens die Steine gegen pflichttreue, hart arbeitende Genossen erhoben haben.

Und hätten unsere Abgeordneten während der verflochtenen Session auch wirklich einige Ermüdung und Abgespanntheit gezeigt, wäre das etwa nach diesem furchtbaren aufreibenden Wahlkampf zum Verwundern gewesen? Es war jedoch nicht der Fall und um so thörichter und ungerechter sind die erhabenen Formeln.

Nicht als ob wir der Kritik fähig anlegen wollten; kritische man so scharf und so viel man will. Allein bleibe man stets gerecht, und hüte sich, den Charakter anzugreifen, wo höchstens Irrthümer und Taktlosigkeiten vorliegen.

#### Soweit der Einfacher.

Nachdem wir im Parteiorgan, wo es uns geboten erschien, an dem Verhalten unserer Genossen im Reichstage Kritik geübt und ebenso der Kritik der Genossen unsere Spalten geöffnet, glaubten wir uns verpflichtet, auch der Vertheidigung der Angegriffenen gegen übertriebene Formeln das Wort geben zu sollen. Wir glauben aber ferner im Interesse unserer Sache zu handeln, wenn wir damit die Debatte über diesen Gegenstand im Speziellen vorläufig schließen. Unsere Abgeordneten haben jetzt Gelegenheit, mit den Parteigenossen, beim ihren Wählern direkt zu verkehren und deren Wünsche und Urtheile zu vernehmen, und die Partei selbst wird in hoffentlich nicht allzuerner Zeit gleichfalls die Stellung ihrer Vertreter im Parlament zu diskutieren haben.

Inwiefern wir es jedoch nicht lediglich mit Unterlassungs- u. Sünden, sondern auch mit ganz wesentlichen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Stellung unserer Partei gegenüber der heutigen Weltanschauung zu thun haben, halten wir es auch für die Sache der Parteiorgane, in Ruhe und mit sachlichen Gründen diese Prinzipienfragen zu diskutieren. Es ist das sicher besser, als daß wir uns jedesmal, wenn sie in greifbarer Gestalt an uns herantreten, entweder durch gereizte Bismarck oder durch Schönwetterverfälschung dem berechtigten Spott unserer Feinde aussetzen.

— Aus der Frühjahrsession des Reichstages scheint nichts werden zu wollen. Herr Bismarck, der verunglückte Cedixus, merkt, daß er mit seiner „Arbeitergesetzgebung“, statemalen er nichts davon versteht, einendes Jiaslo machen würde, und er möchte dies Jiaslo möglichst hinauschieben. Bedenken kann ihm das Niemand. Die offiziellen Blätter versichern zwar jetzt wieder, der Gedanke der Frühjahrsession sei noch keineswegs ausgegeben, nur werde dieselbe — hat im April — erst im Mai stattfinden können, allein das ist offenbar nur eine Klügelgeschöge. Deshalb sollte Herr Bismarck überhaupt den Reichstag einberufen, ehe es geschehen muß? Die Kämpfe, welche ihm dort auf politischem wie auf sozialreformatorischem Gebiete bevorstehen, sind keineswegs ansehend; das Geld zur Schmirgelung und Unterhaltung der Staatsmaschine hat er auf ein Jahr in der Tasche — vor Februar des künftigen Jahres braucht er den Reichstag nicht, der dann noch vor Ablauf des nächsten Budgetjahres (31. März 1883) Zeit hat, die Bemüdigungen für 1883/84 zu machen. Und zu Anderem braucht Bismarck doch den Reichstag nicht!

— „Die Loyalität“ in der Handhabung des Sozialistengesetzes ist unseren Lesern zur Genüge bekannt. Wir hatten uns von vorneherein keine Illusionen gemacht, wir wußten von vorneherein, daß die Polizei, deren Willkür wir überlassen wurden, ihrem Wesen entsprechend, die brutale Willkür gegen uns würde walten lassen. Und so kam es auch natürlich. Allein obgleich seitlich im Reichstag gemachte Versprechungen schamlos mit Füßen getreten wurden, ließ die ausschließlich in Händen unserer Feinde befindliche Presse doch Alles geschehen und mit Ausnahme eines oder zweier Organe haben sämtliche Zeitungen die an uns verübten Schandthaten entweder mit Gleichgültigkeit betrachtet oder gar ihre Billigung ausgesprochen.

„Loyalität“ gegen Sozialdemokraten? Gegen Sozialdemokraten ist Alles erlaubt, ihnen gegenüber gibt es keine Pflichten der Treue, der Menschlichkeit. Wenn nur a u s gegenüber die von Eulenburg so pathetisch verbürgte „Loyalität“ beobachtet wird!

Ran, auch diese Loyalität hat ein Loch; während der Wahlbewegung ist das Sozialistengesetz vielfach auf andere Parteien angewandt worden, und es hat auch an Versuchen nicht gefehlt, die nichtsozialistische Oppositionspresse unter das Falldes des Sozialistengesetzes zu bringen. Indes bisher ohne Erfolg, oder besser ausgedrückt, noch ohne den richtigen Ernst. Ende des vorigen Monats ist aber ein Schlag gefallen, der Schreden in die bürgerliche Oppositionspresse geworfen und das Gefühl der Sicherheit hart erschüttert, wo nicht zerstört hat: wir meinen das Verbot des „Glauchauer Beobachters“ auf Grund des Sozialistengesetzes.

Der „Glauchauer Beobachter“ ist notorisch das Eigenthum des Rechtsanwalts und früheren Reichstagsabgeordneten Scharps, eines „Großdeutschen“ aus der Wustfischen Schule. Mit Scharpsinnigkeit konis, hat Herr Scharps vielfach hin und her geschwankt, bis er endlich, nach allerhand Irrfahrten, in den Hosen volksparteilicher Verschwoommenheit einließ. Feste Grundzüge hat der Mann nicht — die Beschaffenheit seines Hirnes macht es unmöglich — und nur zwei sehr politische Anhaltspunkte:

- 1) Haß gegen Preußen und die preussische Wirtschaft; und
- 2) Haß gegen die Sozialdemokratie im Allgemeinen und Rebel und Viehnecht im Besonderen.

Vom „Joche“ der Lehrtreue und vom Giste des Sozialismus die sächsischen und deutschen Arbeiter zu befreien, das betrachtet Herr Scharps seit Jahren als seine Mission, und er hat auf der Trümmerschuttel verbotener und schmachvoll unterdrückter sozialdemokratischer Lokaltblätter seinen „Glauchauer Beobachter“ ausschließlich in der Absicht gegründet, seinem Doppelhaß gegen Preußen und die Sozialdemokratie Lust zu machen und die sozialdemokratischen Arbeiter für die „Volkspartei“ einzufangen.

Und dieser „Beobachter“ ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

Vorwand: sozialdemokratische Umsturzbestrebungen.

Grund: ein Citatiriel, in welchem die famose Äußerung des sächsischen Ministers v. Rosig-Ballwitz: er ziehe die Kammer der atheisistischen Republik vor, vom partikularistischen Standpunkt aus als eine Art von Landesverrath bezeichnet war; und zwei oder drei Artikel, welche das Knappschäftslokalwesen einer, obenrein recht stumpfen, Kritik unterwarfen und das Vorgehen der sächsischen Regierung in dieser Angelegenheit mißbilligend beurtheilten.

Deshalb Verbot des „Beobachters“.

Einfache politische Opposition und halbwegs freimüthige Besprechung von Arbeiterfragen konstituirte also: „Umsturzbestrebungen“ im Sinne des Sozialistengesetzes. Erhält die Beschwerekommission, was höchst wahrscheinlich, das Verbot aufrecht, so ist die gesammte Oppositionspresse, welche den Bismarckschen Staatssozialismus bekämpft, dem Sozialistengesetz verfallen. Was ihr gar nichts schaden wird. Und uns erst recht nicht.

— Es lebe die Staatshilfe — für die Besizhenden! Die Grund- und Hausbesitzer in Sachsen haben sich an den „großen Sozialreformer“ mit der Bitte gewendet, er möge doch dahin wirken, daß die Steuern „aus der Lage befreit werden, die Steuern der Nichtgrundbesitzer deden zu müssen“. „Wir decken uns nach“, heißt es weiter, „darum hinzuweisen, daß die stets steigende Einschätzung und Gemeinbenutzung die Häuserwerthe von einem veränderlichen Elemente abhängig macht, ein Umstand, welcher dem Wesen des Grundbesitzes zuwiderläuft“. Auf gut Deutsch heißt das: Wenn infolge Anwachsend der Städte, verbesserter Straßen u. d. d. d. der Werth der Häuser und Grundstücke steigt, so ist das ganz gut und schön, nur darf man von uns armen Haus- und Grundbesitzern nicht verlangen, daß wir, die wir den Löwenantheil schöpfen, dann auch mehr Steuern bezahlen sollen. Ein solches System führt zur „Verarmung der Nation“.

Dieser rührenden Bitte hat der für das Wohl der „Nation“ so bedachte Reichskanzler denn auch ein geneigtes Gehör geschenkt. „Ich halte meinerseits“, antwortet er den armen verhungerten Hausbesitzern, „Gare Klagen bezüglich der Grund- und Gebäudesteuer für berechtigt“, Abhilfe aber, liebe Freunde, wird sich erst dann beschaffen lassen, wenn die Einnahmen des Staates durch eine entsprechende Vermehrung des Reiches aus der indirekten Besteuerung gehörig hinaufgeschraubt sind. Und Jubelgeschrei ertönt in den Reihen der Haus- und Grundbesitzer. Es lebe der politische und wirtschaftliche Führer der Nation hoch, hoch, hoch!

Der Kaffe der Enterbten wird das Geld indirekt in jeder Weise abgezopft, um direkt die Besizhenden zu entlasten, kann man wirksamer entgegengetreten der „Verarmung der Nation“?

Nein, das kann man nicht, denn die „Nation“, das sind nur die besizhenden Klassen, die „nationale“ Wirtschaftspolitik ist die Wirtschaftspolitik im Interesse der Besizhenden, der christlich-nationale „Sozialismus“ heißt Staatshilfe für die Besizhenden.

Darum ist Bismarck der Wohltäter der „Nation“, — Soll man nicht endlich einsehen, daß Du nicht zur „Nation“ gehörst?

— Gegen die Judenverfolgungen in Rußland haben in England und Amerika verschiedene Massenemonstrationen stattgefunden. Wenn dabei auch, soweit dieselben von den herrschenden Klassen ausgehen, viel Pharisäerthum mitspielen mag, so ist die Sache, um die es sich handelt, doch der Sympathie aller Freunde der Unterdrückten werth. Es ist für das „Christenthum“, welches sich heute in Deutschland so gewaltig breit macht, bezeichnend, daß die Träger desselben, die Stöder, Disklamp, Föcher und Konforten mannschaft für die — Unterdrückten eintreten. Wir sind wahrhaftig die Letzten, welche die Juden als die reinen Engendel hingustellen geneigt sind, dem Schwindel aber, daß man die Opfer der eben so feigen wie grausamen Herrschol der russischen Tyrannin als die Schuldigen an den grauenvollen Erzessen in Süd- und Mittelrußland hinstellt, können wir nicht scharf genug entgegenzutreten. In keinem Lande der Erde sind die Juden so rechtlos, so der Willkür preisgegeben, wie in Rußland, in keinem Lande herrscht unter ihnen so großes Elend wie im Jarenreiche. Die Spitzbuben, die das Volk beschlehen und berauben, es schinden und anscheiten, ihm den letzten Brotskrumen anspreisen, ihr „christlich-sozialen“ Volksgenossen, das sind die frommen Diener des Jaren, das sind die Beamten, vom Generalgouverneur bis zum Senatsdiener herab! Dieselben brauchen die Juden als Ableiter der gerechten Wuth des Volkes und listeten daher auch die Hegen an, denen sie mit schadenfreulichem Händerücken zusehen, so heuchlerisch schadenfroh, wie ihr den Hegen in Hinterpommern. Und wie in Hinterpommern die eigentlichen Hetter frei ausgingen, während die Gehegten bestraft wurden, so auch im heiligen Rußland. Die scheinheiligen Hinweise der russischen Regierung auf die zahllosen Verhaftungen, welche ihre Subjekte vorgenommen, beweisen für ihre eigene Schuldlosigkeit gar nichts. Es glaubt ihr auch Niemand in der Welt als einzig und allein — Stöder, der Wahrheitsliebende.

— Egt liberal. Das secessionistische „Leipziger Tageblatt“, Organ für Schweinsköpfe, Demagogen und Sauerkron, bricht aus Anlaß der mannhaften Reden unserer Abgeordneten in lautes Wehklagen darüber aus, daß dem Präsidenten nicht strengere Mittel zur Verfügung gefanden hätten, den verruchten Sozialisten das gottlose Maul zu stopfen. Das edle Blatt gibt sich aber der sicheren Hoffnung hin, daß diesem Unselbst bald abgeholfen werde.

Und das charakterlose Gesindel wundert sich noch, daß in Sachsen Alles, was nicht sozialistisch ist, zu den offenen Konservativen läuft! Schreit jeden Augenblick nach der Polizei und heult nachher über „Reaktion“. In der That, gemein und brutal ist die Bourgeoisie in anderen Ländern auch, aber eine gleichzeitig so bodenlos feige, wie die deutsche, findet sich nirgends. Das ist ein Speisefleisch des Landes der Gottesfurcht und frommen Sitte.

— Noch etwas von der Armee in Feindesland! In Hanau war's, und zwar am 21. Januar dieses Jahres. Auf dem Paradeplatz wurden die Söhne des Volkes in der hergebrachten Manier zu brandbaren Unterbrüchungsversuchen geschunden oder, wie man das in Hanau nennt, gestreut. Ein 23jähriger Mann blieb stehen und sah dem „Striezen“ mit Stochschritt und anderen Hanswurstereien zu. Das paßte dem Hauptmann nicht, er kommandierte einem „Gefreiten“, dem lästigen Juchauer mit dem Gewehrsofen den Weg zu weisen. Der Gefreite kam natürlich diesem Befehle pflichteifrig nach und stieß dem Greife mit heldenmüthiger Bravour eine Rippe entzwei!

Ja, Ball der Denker, so geht's eben zu — im Kriege.

— Nach der Wahl! Am letzten Sonntag, Abends 6 Uhr, haben unsere Genossen in Barmen-Eibersfeld und Umgegend ein ausgezeichnetes Flugblatt, „Nach der Wahl“ betitelt, in Tausenden von Exemplaren verbreitet. Es konstatirt die Bedeutung der großartigen Lebensänderung der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen, und entwickelt in kurzen, schlagenden Sätzen die Gründe, weshalb selbst unter den heutigen Verhältnissen das Wählen notwendig war.

Einige der Verbreiter sollen verhaftet worden sein. Man wird ihnen aber ebensowenig anhaben können, wie den Verbreitern des Flugblattes zur Stühwahl, die trotz aller Bemühungen der als „Zeugen“ aufmarschirenden Eibersfelder Schnüffelgarde, Oberhäupter Borcharb voran, vom Landgericht freigesprochen werden mußten.

Uebrigens ist es schon insam genug, daß sich die Polizei herausnehmen darf, die Arbeiter ohne Weiteres in Untersuchungshaft zu nehmen. Wollte man nur die ansuldig verbüßte Untersuchungshaft

politisch Mißliebiger seit Befehlen des Sozialistengesetzes in den Inseln zusammenrechnen, es lämen Jahrhunderte zusammen.

Thut nichts, wir leben doch in einem — Rechtsstaat.

Wer laßt da?

— „Der Rebel“, gedruckt in der „Ersten freien Druckerei“, „Deutschland“ — ohne Angabe des Verlegers, Herausgebers oder Verfassers — ist vom Regierungspräsidenten zu Stettin verboten worden. Hat sich was zu verbieten, wovon man nichts kennt als den Titel!

Der aus Berlin ausgewiesene Sozialist Friede ist, wie die Zeitungen melden, als „muthmaßlicher Verbreiter“ sofort verhaftet worden. So logisch es nun auch von der Polizei war, anzunehmen, daß ein Ausgewiesener rebellisch werden muß, so scheint sie diesmal doch den Redeten nicht erwischt zu haben.

— Dem deutschen Spießbürger grautes. In Deutschland, der frommen Kinderstube, tauchen jetzt allerorts nihilistische Schriften auf. Der „Rebel“ in Stettin kann doch nur von „Nihilisten“ ausgehen, und nun hat auch der Stadtrath von Gotha — notabene ein ehrendes Zeichen seiner Intelligenz — die Subskriptionsliste zu Gunsten der Opfer der russischen Tyrannin offiziell als „nihilistische Schriftstücke“ verboten. In Deutschland der Nihilismus — man denke nur, welcher Wandel vor dem Herrn!

— Wie man im Auslande schreibt. Die neueste Nummer des in London erscheinenden „Republican“ hat als Titelbild eine Karikatur über die Anbettelung des englischen Volkes zur Bewilligung einer Aussteuer für den jüngsten Sprößling der Königin Viktoria. Er läßt den Prinzen mit einem Kasko, „Hungrig, arbeitsunfähig“ am Arme seiner Braut betteln gehen, während Viktoria vom Fenster hinabschaut, ob John Bull auch gehdrig bleich. In der Erklärung des Bildes heißt es u. A.: Man behauptet, das britische Volk sei ein wahrer Krüppel, — wie viele Millionen von gequälten, leidenden, halbverhungerten Männern und Frauen sind in diesem betrügerischen Ausbruch unbegriffen? Diese sind es, welche, da sie die große Majorität ausmachen, Leopold und seine Braut erhalten sollen, und in ihrem Interesse erheben wir einen energischen Protest gegen die Anwendung der Gelder des Volkes zur Erhaltung der Sprößlinge eines unnützen Königthums in Rußfugang und Verschwendung!

Und die deutschen Offiziere sind „enttäuscht“, weil der Londoner „Punch“ neulich Wilhelm als Bismarcks Rationelle abgebildet hatte. Das Gesindel möchte die deutsche Presschulst am liebsten allen Ländern anstrotzieren. Aber leider! gibt es noch einige Flecken auf der Erde, wo Bismarck „nix so seggen het“.

— Die Ordnungsblätter entscheiden sich darüber, daß dem preussischen Gouverneur von Sachsen, dem „König“ Albert, bei seiner jüngsten Anwesenheit in der Sechade Leipzig mehrere Nummern des „Sozialdemokrat“ in einem „Witschreit“ überschrifteten Kasten überreicht worden seien. Das sei der Spizel der Freiheit und könne nicht hart genug bestraft werden. — notabene, wenn man nur den verschmitzten „Wittdeller“ hätte.

Einige radikal angehauchte Fortschrittsblätter brüden sich etwas milder aus und bezweifel den Nutzen dieser Demonstration, d. h. sie sagen mit anderen Worten, daß die Könige unverbesserlich sind. „König“ Albert mag sich dafür bei ihnen bedanken.

— Neueste Nachricht vom Kriegeschauplatz. In Berlin wurde am letzten Montag dem Tischler August Kramer, der sich erechrt hatte, durch ein Klotz dem Drillen der Rekruten des Kaiser Alexander-Regimentes zusehen zu wollen, vermittelst eines Bajonnetstiches dieser Unlug gründlich verfallen. Fortschrittliche Blätter nennen das ein „bellsagenwerthes Ereignis“, während in Wahrheit der Verbrecher von Glück sagen kann, daß ihm das Bajonnet nicht, wie es beabsichtigt war, direkt ins Auge gegangen ist, sondern dies unter demselben in's Gesicht fuhr, so daß er vielleicht mit dem starken Winterwulst davon kommt. Der tapfere Soldat soll noch am selben Tage die Kriegesdenkmäler als Belohnung erhalten haben.

C'est la guerre, sagt der Franzose. Das ist mal so Brauch im Kriege.

— Viehnechts „Zu Schutz und Trug“ ist soeben in polnischer Uebersetzung erschienen, und zwar als neuestes Bändchen der in Genf erscheinenden polnischen „sozialdemokratischen Bibliothek“. Dasselbe ist mit einer Vorrede, eine kurze Biographie Viehnechts enthalten, versehen. Beides, Uebersetzung wie Biographie, rührt wahrscheinlich von unserem Genossen, Dr. Pol. Limanowski, her.

— Aus Frankreich. Die Ausweisung des russischen sozialistischen Gelehrten P. Lawross, eines der hervorragenden Schriftsteller des heutigen Rußland, eines Mannes, dessen selbst die offizielle Presse Rußlands, die sonst Alles begieret, was nach Sozialismus oder Revolution riecht, nur mit Anerkennung seines wissenschaftlichen Wertes gedenkt, die Ausweisung dieses Mannes, lediglich weil er sich an der Spitze eines Unterstützungskomite's zu Gunsten der Opfer des politischen Freiheitskampfes in seiner Heimath gestellt, ist ein neuer Schandthat auf dem Konto der dritten Republik. Wie haben sie es doch herrlich weit gebracht, die ehrenwerthen Bourgeoisrepublikaner! In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts nahm das monarchische Frankreich nicht nur die politischen Flüchtlinge aus anderen Ländern gottlich auf, sondern ein Guizot jagte sogar mehrere derselben jährliche Unterstützungen aus. Die „demokratischen“ Republikaner aber, die sich die Erben der französischen Revolution nennen, jagen einen Mann aus ihrem Lande, weil er ein autokratisches Regiment bekämpft, wie es Frankreich selbst unter Ludwig XIV. nicht gekannt hat.

Die lahme Entschuldigung, daß die französischen Gesetze die Regierung der Republik zwingen, dem Gesuche Rußlands auf Ausweisung Folge zu geben, ist eine Pluterei. Es ist die kurzfristige Eintragspolitik der profitmüthigen Geschäftsleute, welche diesem Akt seiner Kriecherei zu Grunde liegt.

Mit preussischer Erlaubnis Tunis, mit russischer Egypten auszujaugen, das wollen die Herren Bourgeois, und wenn es sich um ein gutes Geschäft handelt, dann Adieu Grundzüge, Adieu Menschenrechte, Adieu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Ganz und gar hinfällig ist auch die Ansrede, das Ministerium Gambetta habe die Ausweisung zugesagt, deshalb müsse das neue Ministerium sie halten. Hat sich denn sonst dieses Ministerium nicht gerade überfüllt, alle Maßnahmen seines Vorgängers wieder aufzuheben? Nein, die Herren Goblet und Freycinet wußten sehr wohl, was sie thaten, als sie dem Jaren den Liebesdienst erwiesen.

Lawross, der am 13. Februar Paris verlassen hat, hat vor seiner Abreise noch einen ebenso würdig wie scharf gehaltenen Brief in der „Justice“ veröffentlicht. Leider geht uns die betr. Nummer erst bei Redaktionschluss zu, so daß wir von einem Abdruck desselben für diesmal absehen müssen.

In Roanne haben 11 große Webereien ihre Arbeiter ausgeperrt, weil dieselben einen neuen Tarif, der eine Lohnreduktion von 16 Prozent bedeutet, nicht anerkennen wollen. Dadurch kommen 4000 Arbeiter außer Arbeit. Doch die Regierung gegen die Herren Fabrikanten eingeschritten wäre wegen Eingriffen in die „Freiheit der Arbeit“, wie sie es gegen die streikenden Vergarbeiter von Grande Combe gethan, davon sieht nichts geschrieben. Unsere Freunde von der „Egalité“ haben auf Sonntag, den 12. Februar, eine allgemeine Arbeiterversammlung zu Gunsten der Ausgesperrten in dem Salle Gracford, Paris, einberufen.



